

Christian Wolff

Rechtsextremismus in Deutschland

Impulsreferat beim Runden Tisch „Gegen Rechtsextremismus auf lokaler Ebene“

22.-23. Juni 2015 in Wroclaw

1

Ich spreche zu Euch nicht als Wissenschaftler, sondern als jemand,

- der der ersten Nachkriegsgeneration angehört,
- der groß geworden ist mit dem Impetus „Nie wieder!“, nie wieder Faschismus und Diktatur, nie wieder ein Krieg, der von Deutschland ausgeht,
- und der sich als Jugendlicher, als Studierender, als Pfarrer bis heute dafür einsetzt, die nach 1945 gewonnene Demokratie gegen jede Form von Rechtsextremismus zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Darum habe ich mich 1968ff aktiv in der Studentenbewegung engagiert. Was ich also im Folgenden vortrage, ist nicht das Ergebnis von wissenschaftlichen, empirischen Untersuchungen sondern die Essenz gemachter Erfahrungen in den vergangenen fünf Jahrzehnten am jeweiligen Ort meines Wirkens.

2

Dass das rechte Gedankengut nach 1945 nicht einfach aus den Köpfen und Herzen verschwunden war und sein konnte, ist nicht verwunderlich. Die Redewendung „*Das hätte es unter Hitler nicht gegeben*“ bzw. „*Wir brauchen mal wieder einen starken Mann wie Hitler*“ ist mir von Kindesbeinen an vertraut. Gewundert hat mich schon als Jugendlicher, dass in Westdeutschland der real existierende Kommunismus als größere Gefahr dargestellt und angesehen wurde als der immer wieder aufbrechende Rechtsextremismus - d.h. in den 50er und 60er Jahren brauchte er gar nicht aufzubrechen. Er lebte in den Menschen weiter, die bis 1945 überzeugte Nazis und danach weiter in führenden Positionen in der westdeutschen Gesellschaft tätig waren (z.B. einige unserer Lehrer). Hans Globke, Mitverfasser der Nürnberger Rassegesetze, wurde Chef des Kanzleramtes von 1953-1963. Ebenso gehen die Geheimdienste (Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst) auf die Aktivitäten des NSDAP-Mitgliedes Reinhold Gehlen zurück. Ich erinnere daran, dass bis auf einen in Westdeutschland alle Polizeipräsidenten im Amt blieben, dass kein Jurist nach 1945 vor Gericht gestellt und verurteilt wurde, dass es bis in die 60er Jahre dauerte mit den Auschwitzprozessen und dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 1968 ihre großen Wahlerfolge feiern konnte und dass die CDU 1969 bereit war, ihren Kandidaten Gerhard Schröder mit den Stimmen der NPD als Bundespräsidenten wählen zu lassen. Gerhard Schröder unterlag. Gustav Heinemann (SPD), ein Mann der Bekennenden Kirche, wurde gewählt.

Wir können also feststellen, dass bis zum Aufbruch 1968ff die Gesellschaft Westdeutschlands ganz stark geprägt war von Menschen, die Anhänger des Nationalsozialismus und tief verstrickt in die Schreckensherrschaft waren. Das gilt übrigens auch für die Universitäten. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass sich erst in der Umbruchzeit Ende der 60er Jahre mit der NPD 1964 eine eigenständige neonazistische Partei gründete – und ziemliche Wahlerfolge erzielen konnte. Mit der sozial-liberalen Koalition 1969 und der Ostpolitik Willy Brandt's veränderte sich das politische Klima in Westdeutschland stark. Die rechten Parteien hatten

weniger Zulauf, weil sich die CDU/CSU in der Opposition befand und diese politisch das rechte, deutschnationale Gedankengut bediente. Allerdings gab und gibt es immer auch eine rechtsextremistische Szene außerhalb des Parteienspektrums:

- nationalsozialistische Traditionsverbände
- Burschenschaften
- Wehrsportgruppe Hofmann
- Teile der Vertriebenenverbände

3

An dieser Stelle möchte ich darlegen, an welchen Kriterien ich rechtes Denken festmache:

- Antisemitismus (an seine Stelle trat zu Zeiten des Kalten Krieges der militante Antikommunismus); allerdings ist es frappierend, dass Antisemitismus auch dort vorhanden ist, wo keine Juden leben.
- Nationalismus (die Behauptung der eigenen Nation in Abgrenzung zu anderen Nationen)
- Fremdenfeindlichkeit
- Ideologische Abschottung gegen andere Weltanschauungen und Religionen (insbesondere Islam)
- Absage an Pluralität und Vielfalt (der Religionen, der Lebensentwürfe)
- Demokratiefeindlichkeit
- Militarismus und Gewaltbereitschaft

Das entspricht der Definition des Rechtsradikalismus, die die Friedrich-Ebert-Stiftung 2006 aufgrund von Untersuchungen vorgelegt hat:

Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.

4

Anfang der 80er Jahre kam es zur Gründung einer weiteren rechtsradikalen Partei: die „Republikaner“ (REP) um Franz Schönhuber. Den größten Erfolg feierte diese Partei 1989, als sie mit 7 % Stimmenanteil ins Europaparlament einzog. Von 1992 bis 2001 waren die REP im Baden-Württembergischen Landtag vertreten. Doch nicht nur Parteien wie NPD und REP sind Zeichen eines lebendigen Rechtsextremismus. Man denke an das Attentat beim Oktoberfest 1980, der folgenreichste rechtsextremistische Gewaltakt – bis heute nicht wirklich aufgeklärt. Anfang der 90er Jahre erlebte ich in Mannheim den Aufzug der REP, die sich die aufkommende Asyldebatte zunutze machen wollten. Schließlich war ihr Vorbild der „Front Nationale“ in Frankreich. Als im der Kirche, in der ich tätig war, benachbarten Bürgerhaus eine Kundgebung der REP stattfinden sollte, haben wir uns dem entgegen gestellt. Die Folge waren massive Bedrohungen – vor allem über’s Telefon.

5

Anfang 1992 wechselte ich die Stelle und wurde Pfarrer an der Thomaskirche in Leipzig. Als ich am Wochenende 19.-21. April 1991 erstmals Leipzig besuchte, zuckte ich am Samstagabend gegen 22.00 Uhr zusammen: ein Feuerwerk wurde entfacht – von Neonazis zu

Führers Geburtstag. Einige wenige wussten: Der organisierte Rechtsradikalismus hatte unmittelbar nach der Friedlichen Revolution die neuen Bundesländer und vor allem Sachsen zum Aufmarschgebiet erklärt. Das wurde auch am 21. März 1992 deutlich. Dort marschierten ca. 400 Neonazis, ziemlich einheitlich gekleidet, vom Hauptbahnhof zum Simsonplatz vor das heutige Bundesverwaltungsgericht (ehemals Reichsgericht). Mich hat das damals mehr als erschreckt. Mir wurde klar: Wir werden gegenüber dem Rechtsextremismus höchst wachsam sein müssen. Als SPD-Mitglied besuchte ich im April 1992 in Leipzig eine Veranstaltung der „Jungen Sozialdemokraten“ zum Thema „Ausländer“ – und ich dachte, ich wäre in eine Versammlung der REP geraten: antiwestlich, demokratiekritisch, ausländerfeindlich – so war die Diskussionslage.

Im August 1992 kam es dann zu den gewalttätigen Übergriffen in Rostock Lichtenhagen. Das führte in Leipzig dazu, dass der Pfarrer der Nikolaikirche Christian Führer und ich dazu aufriefen, jeden Montag nach dem Friedensgebet einen Kerzenweg von der Nikolaikirche zur Thomaskirche zu veranstalten und damit für ein friedliches Zusammenleben der Verschiedenen zu demonstrieren. Außerdem fand im Dezember 1992 eine große Kundgebung mit 40.000 Teilnehmern gegen Fremdenfeindlichkeit statt. Wichtig war und ist für mich: Jeder Form von Rechtsextremismus sofort offen und entschlossen entgegenzutreten – um dadurch vor allem für die eigenen Ziele zu werben:

- Bejahung der Demokratie und der Grundrechte
- Eintreten für soziale Gerechtigkeit
- Kultur der Teilhabe
- Bejahung des multikulturellen und multireligiösen Zusammenlebens
- Keine Gewalt

6

Als 1998 der Hamburger Rechtsradikale Christian Worch damit begann, am 01. Mai und 03. Oktober eines jeden Jahres seine Aufmärsche zu planen, hat die Stadtgesellschaft Leipzigs darauf entschlossen reagiert: vom Oberbürgermeister angefangen über die Parteien bis zu den Gewerkschaften und Kirchen – wobei die beiden Innenstadtkirche ein wichtiger Kristallisationspunkt waren. Worch wollte mit seinen Truppen bis zum Völkerschlachtdenkmal gelangen – aber dies hat er zu keinem Zeitpunkt geschafft. Bis 2014 hatte er die Demonstrationen angemeldet. Doch 2007 gab er auf – auch ein Erfolg der Strategie, den Neonazis keinen Zentimeter zu überlassen, dafür immer ein bürgerschaftliches Bündnis zu schaffen und in den Aktionen kreativ zu bleiben. Aus den Aktivitäten ist die Initiative „Leipzig.Courage.Zeigen“ hervorgegangen, die jedes Jahr am Vorabend des 1. Mai ein Rockkonzert gegen rechts veranstaltet. Allerdings mussten wir uns auch mit drei Problemen auseinandersetzen:

- Man darf sich nicht von den Neonazis das Handeln diktieren lassen. Immer wieder ist die Frage: Werden Neonazis aufgewertet, wenn man ihren Auftritten zu viel Beachtung schenkt?
- Der Protest muss auf jede Gewaltanwendung verzichten. Doch dazu haben sich vor allem die sog. Links-Autonomen immer wieder hinreißen lassen. Die absurdeste Aktion, die ich erlebt habe, hat sich 2003 abgespielt. Vor der Oper musizierte bei einer Protestveranstaltung das Westsächsische Symphonieorchester, geleitet von einem indischen Dirigenten. Dieser wurde von Gegenständen aus dem sog. „Schwarzen Block“ getroffen.

- Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut und darf nicht der Opportunität unterworfen werden. Dennoch muss die Frage, wo die Grenze der Demonstrationsfreiheit liegt, aufgeworfen werden. Darüber haben wir in Leipzig jahrelang mit den Verwaltungsrichtern debattiert.

Ein weiteres Problem will ich nicht verschweigen: Diejenigen, die sich öffentlich und klar gegen rechts positionieren, sind auch entsprechenden Bedrohungen (auch Beobachtungen durch den Verfassungsschutz) ausgesetzt. In der Zeit zwischen 2003 und 2009 habe ich regelmäßig Drohbriefe erhalten. 2004 wurde mein Auto, das mit sechs anderen im Innenhof in der Leipziger Innenstadt geparkt war, in der Nacht vom 30. April auf den 01. Mai mit Hakenkreuzen beschmiert – und keine Presse hat sich dafür interessiert.

7

So sehr sich dem Rechtsradikalismus durch das ideologische Vakuum, das nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Ostdeutschland entstanden war, eine Einflugschneise bot, so sehr er anknüpfen konnte an antiamerikanische, antidemokratische und antikapitalistische Reflexe, so sehr wäre es falsch, den Rechtsextremismus nach 1989/90 allein als ein ostdeutsches Problem zu verstehen. Dagegen sprechen die starke Neonaziszene im Umfeld des Fußballs (Dortmund), aber auch die Terroranschläge von Mölln (1992) und Solingen (1993) oder auch die NSU-Tötungsschneise, die durch Deutschland geht.

An dieser Stelle möchte ich auf die unselige Rolle der Nachrichtendienste, insbesondere des sog. Verfassungsschutzes eingegangen werden. Dieser hat sich immer wieder nicht als Beförderer einer Lösung, sondern als Teil des Problems herausgestellt. Aber was ist auch von einer Organisation zu halten, die in ihrem Ursprung immer schon auf dem rechten Auge blind war und die in ihrer Praxis all das mit Füßen tritt, wofür Demokraten eintreten. Wer Lüge, Betrug, Hinterhältigkeit und Gewalt – und dies auch noch gesetzlich geschützt – anwendet, kann kaum etwas beitragen zur Bekämpfung desselben – einmal ganz abgesehen davon, dass der Verfassungsschutz bis heute eigentlich nichts zustande gebracht hat, außer dass er die rechte Szene immer wieder gedeckt, ja wie in Sachen NSU Kumpaneie betrieben hat. Meine persönliche Meinung ist: Die Verfassung kann nur geschützt werden durch Bürgerinnen und Bürger, nicht aber durch eine Organisation, die in ihrem Handeln immer wieder Verfassungsgrundsätze verletzt.

8

Mit dem Niedergang der NPD in den vergangenen Jahren hat sich die rechte Szene nicht in Luft aufgelöst. Dies gilt vor allem für den Freistaat Sachsen. In kleineren Ortschaften fallen Rechtsextreme schon deswegen nicht auf, weil viele Menschen rechtes Gedankengut verinnerlicht haben. Im SPIEGEL war zu lesen:

Sachsen im Mai 2012. Zwei Männer überfallen in Bautzen einen kolumbianischen Austauschschüler, beleidigen ihn, treten auf ihn ein. In Hoyerswerda belagern Rechtsradikale das Büro einer Bundestagsabgeordneten, zerschlagen die Scheibe und attackieren einen Mitarbeiter. In Limbach-Oberfrohna greifen Neonazis ein alternatives Bildungshaus an. Ein Sprengsatz explodiert vor der Pizzeria Bollywood in Geithain, sie gehört einem Pakistaner.

2012 hatte die CDU-Bürgermeisterin von Geithain einen Aufschrei, einen Hilferuf veröffentlicht, weil sie sich allein gelassen fühlte im Kampf gegen rechts. Es kam am Pfingstmontag 2012 zu einem Friedensgebet in der dortigen Kirche. Aber die Kirchengemeinde tat sich sehr schwer, die Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, weil man fürchtete „einseitig“ zu sein. Man müsse für die Ängste der Bürger Verständnis haben. Nüchtern muss

man sehen: In vielen Ortschaften ist es deswegen „ruhig“, weil Rechtsradikale widerspruchslos ihr Unwesen treiben können.

An diese Grundhaltung konnten in Sachsen 2013ff die AfD sowie die Pegida und Legida-Bewegung anknüpfen. Für beide Gruppierungen war ausreichend rechtes Potential vorhanden – insbesondere nachdem die NPD 2014 aus dem sächsischen Landtag geflogen ist. Zwar ist – laut Untersuchungen - die Anzahl der Menschen, die über eine geschlossene rechtsextreme Einstellung verfügen, zurückgegangen. Dafür haben aber die Angst vor und die Abwertung und Abwehr von Flüchtlingen, Muslimen stark zugenommen.

Oliver Decker, Elmar Brähler und Johannes Kiess untersuchen alle zwei Jahre rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Ergebnisse 2014:

<i>Geschlossenes rechtsextremes Weltbild</i>	5,6 % (2002: 9,7 %)
<i>Ausländerfeindlichkeit</i>	18,1 % (2002: 26,9 %)
<i>Chauvinismus</i>	13,6 % (2002: 18,3 %)
<i>Antisemitismus</i>	5,1 % (2002: 9,3 %)
<i>Befürwortung einer Diktatur</i>	3,6 % (2002: 7,7 %)
<i>Sozialdarwinismus</i>	2,9 % (2002: 5,3 %)
<i>Verharmlosung des NS</i>	2,2 % (2002: 4,1 %)
<i>Abwertung von Flüchtlingen</i>	55 - 76 %
<i>Abwertung von Roma</i>	47 - 55 %
<i>Abwertung von Muslimen</i>	36 - 42 %

Diese Zunahme, die einhergeht mit der Ideologie der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, ist aus meiner Sicht sehr beunruhigend. Von dieser Abwertung leben derzeit vor allem Pegida/Legida. Dass diese fatale Folgen hat, zeigt sich vor allem darin, dass seit Oktober 2014 die Anzahl von gewaltsamen Übergriffen auf Asylunterkünften stark zugenommen hat. Das sollte alle sehr nachdenklich stimmen, die nicht müde werden zu betonen, dass Pegida/Legida-Anhänger keine Nazis, keine Rechtsradikalen seien, sondern lediglich Sorgen und Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck bringen. Das eben gerade nicht. Vielmehr hat sich in Pegida/Legida das manifestiert, was an kruden Vorstellungen in einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung gedacht wird – und sich schnell als Einflugschneise für rechtsradikales Gedankengut entpuppt. Im Dritten Reich waren unter den 80 Millionen Deutschen auch die allerwenigsten Nazis. Aber die meisten haben bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges ganz viel von dem befürwortet, was die Hitler-Diktatur ausmachte.

9

Wenn ich mich frage, was heute im Kampf gegen den Rechtsextremismus wichtig ist, dann sind es vor allem zwei Dinge:

1. Klare Analyse der Ideologie von NPD, Pegida/Legida, aber auch der AfD und anderen Gruppierungen vor Ort.
2. Frühzeitig gegen rechtsradikale Strömungen einen breiten Protest aufbauen (insbesondere getragen durch die sog. „Opinion Leader“ vor Ort) und positiv formulieren, worauf es ankommt. Das haben wir in Leipzig gemacht. Dabei lag der Fokus darauf, *für* das friedliche Zusammenleben der Verschiedenen in einer Stadtgesellschaft einzutreten. Als einer derjenigen, die die ersten Demonstrationen organisiert haben, habe ich sehr frühzeitig einen Aufruf vorgelegt, der auf breite Zustimmung stieß:

Willkommen in Leipzig – eine weltoffene Stadt der Vielfalt

Wir treten ein

*für das Grundrecht auf Asyl
für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen
für eine Willkommenskultur für Einwanderer
für religiöse und weltanschauliche Vielfalt
für die Achtung unterschiedlicher Lebensentwürfe
für eine demokratische Streitkultur
für Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der gesellschaftlichen Entwicklung
Demokratie kann nur von allen Bürgerinnen und Bürgern verantwortet und
gestaltet werden.*

Diesem Aufruf haben sich alle Bürgermeister, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, alle Rektor/innen der Hochschulen und viele weitere Persönlichkeiten der Stadtgesellschaft angeschlossen. Die Leipziger Aktionen haben mehrere Erkenntnisse gebracht:

1. Es muss von Anfang an klar sein: Mit den gewaltbereiten Gruppen und Personen kann es keine Gemeinsamkeit geben.
2. Der Pro-Test muss positive Ziele benennen, die abseits des „gegen“ liegen.
3. Es muss sehr klar zum Ausdruck kommen, wofür und wogegen eine Stadtgesellschaft eintritt. Bevor ich „Verständnis“ für jemanden aufbringe, muss ich wissen, worauf es mir ankommt. Bevor ich mit jemandem rede, muss ich wissen, von welcher Position aus ich in einen Dialog trete.
4. Die Protestformen sollen und können vielfältig sein.

Auch wenn sich Pegida/Legida totgelaufen haben - das Dresdner Wahlergebnis zu OBM-Wahl zeigt, dass nach wie vor ein relativ stabiles 15-20 Prozent Reservoir für rechtsradikale Vorstellungen vorhanden ist.

10

Zum Schluss: Der Publizist Carl Amery hat ein sehr lesenswertes Buch geschrieben „*Hitler als Vorläufer. Ausschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts*“ (1998). In diesem Buch stellt er die Frage, die auch heute von großer Bedeutung ist und viele Menschen umtreibt:

Müssen wir Unmenschen werden, um die Menschheit zu retten?

Es ist die Frage danach, wie wir mit den Krisen dieser Welt fertig werden. Hitler hat die Frage eindeutig mit Ja beantwortet, Stalin, Mao Zedong, Pol Pot auch. Und sicher können wir hier noch viele weitere Namen nennen. Dieses Ja beinhaltet nach Amery gleichzeitig ein Nein zur „*jüdisch-humanistischen Botschaft schlechthin*“. Diese kennzeichnet Amery so:

... die Botschaft von der Friedfertigkeit, von der Erhaltung des schwachen und gekränkten Lebens, von der Notwendigkeit der Diskussion und des Kompromisses.

Von dieser „*Botschaft schlechthin*“ möchte ich mich weiter anleiten lassen im Einsatz für die freiheitliche Demokratie und gegen alle Bestrebungen, diese angesichts der großen Probleme der Menschheit einzuschränken und aufzugeben. Denn wir müssen eines sehen: Immer dann, wenn wir besonderen Herausforderungen ausgesetzt sind, ist die Bereitschaft groß, die Grundlagen der Friedfertigkeit, des Minderheitenschutzes, des demokratischen Miteinanders aufzugeben zugunsten von Gewalt, Menschenverfeindung und –ausgrenzung sowie von Sicherheit. Im Rechtsradikalismus steht am Ende einer solchen Entwicklung die nationalistische Gewaltherrschaft – d.h. der Rechtsradikalismus beginnt genau da, wo wir scheinbar die „*Botschaft schlechthin*“ verraten, weil wir meinen, die Menschheit, unsere eigene Haut, unsere Interessen nur retten zu können, wenn wir das Menschsein punktuell aufgeben.

CW Beratung für Kirche, Politik und Kultur

Christian Wolff, Pfarrer i.R.
Beratung für Kirche, Politik und Kultur
www.wolff-christian.de - info@wolff-christian.de